

Stefan Ederer, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Thomas Url

Verhaltener Konjunkturaufschwung nach Wachstumsdelle 2012

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2016

Das Wirtschaftswachstum wird in Österreich in den nächsten fünf Jahren weitgehend durch den dynamischen Außenhandel bestimmt sein. Während der private Konsum stetig wächst, dämpfen die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand den öffentlichen Konsum. Positive Exporterwartungen begünstigen die Ausrüstungsinvestitionen, aber auch die Bauinvestitionen werden sich besser entwickeln als zuletzt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt trotz steigender Beschäftigung angespannt, weil zugleich das Arbeitskräfteangebot zunimmt. Die Inflationsrate wird knapp über dem Referenzwert der EZB liegen.

Begutachtung: Karl Aiginger, Marcus Scheiblecker • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Stefan.Ederer@wifo.ac.at, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at, Hans.Pitlik@wifo.ac.at, Thomas.Url@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft erholte sich bis Mitte 2011 von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09, das BIP wuchs deutlich. Getragen war diese Entwicklung in erster Linie von der starken Exportdynamik im Gefolge des kräftigen Aufschwungs der Weltwirtschaft, insbesondere der Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas. Vor diesem Hintergrund steigerten die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen 2011 erheblich.

Im Prognosezeitraum 2012/2016 wird die Dynamik schwächer ausfallen als zuletzt (Übersicht 1). Durchschnittlich dürfte das BIP jährlich real um 1,6% zunehmen. Damit expandiert die österreichische Wirtschaft deutlich langsamer als im Durchschnitt der zehn Jahre vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Konjunkturabschwächung zeichnete sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 2011 ab und wird sich 2012 fortsetzen. Erst ab 2014 dürfte sich die Expansion wieder beschleunigen und die Outputlücke (relative Abweichung des tatsächlichen Outputs vom Trend-Output) langsam geschlossen werden. Der Trend-Output der österreichischen Wirtschaft wird zwischen 2011 und 2016 mit +1,6% um ½ Prozentpunkt schwächer wachsen als in den zehn Jahren vor der Finanzmarktkrise.

Der Konjunkturverlauf wird in Österreich von der Entwicklung der Weltwirtschaft bestimmt. Die Krise in der Europäischen Währungsunion dürfte in den Jahren 2012 und 2013 nur eine verhaltene Expansion der europäischen Wirtschaft zulassen, wobei die Entwicklung zwischen dem Norden und dem Süden der EU gespalten ist (Schulmeister, 2012). Gleichzeitig kommen aus den USA und den Schwellenländern positive Impulse für den Welthandel. Dadurch gewinnt die internationale Konjunktur ab Mitte 2012 an Schwung. Im Durchschnitt der Jahre 2012/2016 wird die Wertschöpfung der OECD-Länder jährlich um 2% wachsen, geringfügig schwächer als in den fünf Jahren vor der Krise (+2,1% p. a.). Der Welthandel – gemessen an den Warenexporten – dürfte im Prognosezeitraum jährlich um durchschnittlich 6,2% zunehmen.

Im Durchschnitt 2012/2016 wird die Ausfuhr jährlich um 5,5% expandieren. Die Importe nach Österreich steigen jährlich um 5,1%. Die österreichische Wirtschaft wird weiterhin von der günstigen Entwicklung des internationalen Handels profitieren. Der Außenbeitrag als Saldo zwischen Exporten und Importen wird positiv bleiben, verringert sich aber gegenüber den vergangenen fünf Jahren. Die Ausrüstungsinvestitionen reagieren üblicherweise am stärksten auf die Konjunkturaussichten. Ihr Wachs-

tum beschleunigt sich erst ab 2014 merklich und erreicht 2012/2016 durchschnittlich 3,3%. Die Zunahme der Bauinvestitionen bleibt hingegen verhalten. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte expandieren im Prognosezeitraum nur wenig. Zugleich steigt die Sparquote wieder merklich und nähert sich ihrem langfristigen Durchschnitt.

Der Verbraucherpreisindex wird sich im Durchschnitt der Jahre 2012/2016 jährlich um 2,1% erhöhen. Somit bleibt der Inflationsdruck im gesamten Prognosezeitraum gering. Die Entwicklung der Lohnstückkosten, üblicherweise der am stärksten im Inland determinierte Faktor für den Preisauftrieb, wird verhalten sein. Hingegen steigen die Importpreise aufgrund der Energieverteuerung merklich und heben – verstärkt durch die Abwertung des Euro – die heimische Inflationsrate.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1
Nominell	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,4	+ 5,5	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,8
Verbraucherpreise	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf, real ¹⁾	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,5	- 0,6	+ 0,8	- 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1
	Ø 2002/ 2006	Ø 2007/ 2011	Ø 2012/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Arbeitslosenquote	In %								
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,7	4,3	4,6	4,2	4,5	4,7	4,7	4,6	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	7,0	6,6	7,3	6,8	7,1	7,4	7,4	7,3	7,1
	In % des BIP								
Außenbeitrag	4,2	4,9	3,7	3,8	3,7	3,8	3,8	3,7	3,6
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,0	- 2,7	- 2,5	- 3,3	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,2	- 1,9
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	9,2	10,0	8,1	7,5	7,3	7,6	8,1	8,5	9,0
	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Jährliche Veränderung in %								
Trend-Output, real	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
	Ø 2002/ 2006	Ø 2007/ 2011	Ø 2012/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	In % des Trend-Outputs								
Outputlücke, real	0,5	0,8	- 0,6	0,0	- 1,2	- 1,2	- 0,8	- 0,2	0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – ²⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler. – ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁴⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Trotz des verhaltenen Konjunkturaufschwungs wird die Beschäftigung ausgeweitet. Gleichzeitig wächst jedoch das Arbeitskräfteangebot merklich, da die Erwerbsbeteiligung wegen der wachsenden Arbeitskräftenachfrage und einer Verringerung der Zahl vorzeitiger Alterspensionen zunimmt. Teilweise durch Legalisierung und zum anderen Teil durch vermehrten Zustrom steigt darüber hinaus die Zahl ausländischer Arbeitskräfte deutlich – in erster Linie aufgrund der Öffnung des Arbeitsmarktes für Personen aus Bulgarien und Rumänien. Die Arbeitslosenquote wird daher mit 7,3% im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 deutlich höher sein als zuvor.

Verhaltens Konjunkturaufschwung ab 2014

Die vorliegende mittelfristige Prognose baut auf der aktuellen Konjunkturprognose des WIFO vom Dezember 2011 auf (Scheiblecker, 2012, in diesem Heft). Sie beruht auf den internationalen Rahmenbedingungen gemäß der mittelfristigen Prognose des WIFO für die Weltwirtschaft (Schulmeister, 2012, in diesem Heft). Die Berechnun-

gen wurden mit Hilfe des WIFO-Makromodells erstellt (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005).

Die Weltwirtschaft wird 2012 und 2013 nur verhalten expandieren und erst ab 2014 wieder merklich an Schwung gewinnen. Im Durchschnitt des Prognosezeitraumes 2012/2016 wird das Wachstum in den USA und im Euro-Raum jährlich 2,1% bzw. 1,4% erreichen (Übersicht 2). In den neuen EU-Ländern dürfte die Wirtschaft im Durchschnitt um 3,3% p. a. expandieren. Die Weltwirtschaft wird weiterhin stark von der Dynamik asiatischer und lateinamerikanischer Schwellenländer profitieren. In den OECD-Ländern wird das BIP von 2012 bis 2016 um durchschnittlich 2,0% p. a. wachsen. Der Welthandel – gemessen an den realen Warenexporten – dürfte um 6,2% p. a. zunehmen. Ausgehend von 110 \$ je Barrel im Jahr 2011 werden die Rohölpreise 2012 leicht sinken und bis 2016 wieder auf dieses Niveau zurückkehren. Die Preise von Rohstoffen ohne Energie werden durchschnittlich jährlich um 1,9% sinken. Zudem wird unterstellt, dass der Euro gegenüber dem Dollar kontinuierlich leicht abwertet und 2016 einen Wert von 1,22 \$ je Euro erreicht.

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 2001/2006	Ø 2006/2011	Ø 2011/2016
	Jährliche Veränderung in %		
Bruttoinlandsprodukt, real			
Euro-Raum	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,4
23 OECD-Länder ¹⁾	+ 2,3	+ 0,4	+ 2,0
	Ø 2002/2006	Ø 2007/2011	Ø 2012/2016
	Dollar je Euro		
Wechselkurs	1,16	1,39	1,26
	\$ je Barrel		
Erdölpreis, Brent	42,3	84,1	102,2

Q: EU, OECD, WIFO-Berechnungen. – 1) EU 15 (ohne Österreich), Island, Norwegen, Schweiz, Türkei, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, USA.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

BIP, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: EU, OECD, WIFO-Berechnungen.

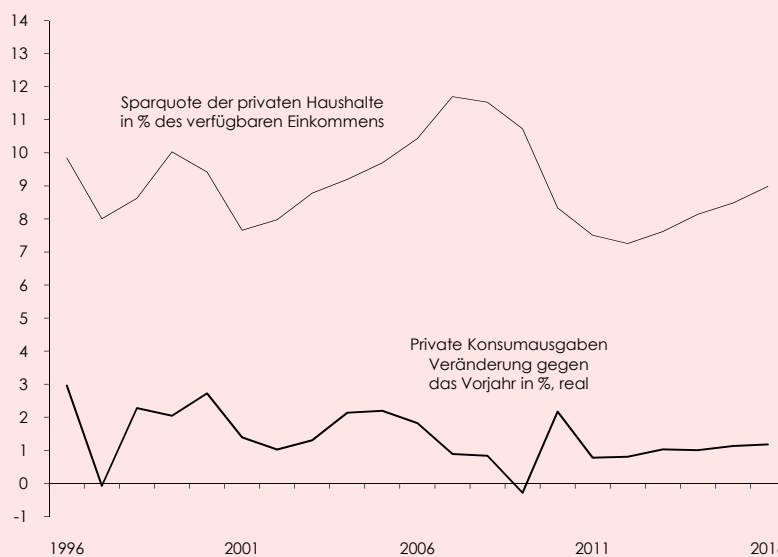
Die österreichische Wirtschaft wird 2012 nur mäßig wachsen. Erst in den Folgejahren beschleunigt sich die Expansion etwas. Im Durchschnitt des Prognosezeitraumes nimmt das BIP jährlich real um 1,6% zu. Nominell wird die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt um 3,4% gesteigert. Die Dynamik auf der Verwendungsseite der VGR fasst Übersicht 3 zusammen.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Jährliche Veränderung in %								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2
Staat	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,2	+ 5,6	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2
Ausrüstungen	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,3	+11,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,7
Bauten	+ 0,1	- 1,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,7
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5
Exporte	+ 6,1	+ 1,9	+ 5,5	+ 7,5	+ 2,8	+ 5,3	+ 6,7	+ 6,6	+ 6,0
Importe	+ 5,0	+ 1,4	+ 5,1	+ 7,5	+ 3,4	+ 5,1	+ 5,8	+ 5,7	+ 5,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Abbildung 2: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Konjunktur wird in Österreich aufgrund der engen internationalen Verflechtungen wesentlich von der Entwicklung der Weltwirtschaft bestimmt. Die österreichischen Exporte nehmen dank des dynamischen Marktwachstums und der vorteilhaften Wettbewerbsposition kräftig zu. Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2010 stiegen die Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung in Österreich jährlich um rund 0,5%, in Deutschland hingegen um 1,6% und im Durchschnitt der Handelspartner aus der EU um 1,2%. Dadurch verbesserte sich die Wettbewerbsposition der österreichischen Sachgüterproduktion deutlich (Ederer – Hölzl, 2011). Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten werden im Prognosezeitraum jährlich um 1,9% steigen, um 0,2 Prozentpunkte langsamer als in den fünf Jahren zuvor. In Verbindung mit einer leichten Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft kontinuierlich. Gleichzeitig verschlechtern sich dadurch jedoch die Terms-of-Trade. Die damit verbundene Verringerung der

Kaufkraft dämpft das Importwachstum, sodass der Saldo zwischen Exporten und Importen weiterhin positiv ist.

Die Ausrüstungsinvestitionen verloren im Laufe des Jahres 2011 mit der Abschwächung der Konjunktur merklich an Dynamik. Diese Schwäche wird erst 2014 überwunden. Im Durchschnitt der Jahre 2012/2016 nehmen die Ausrüstungsinvestitionen jährlich um 3,3% zu. Die Bauinvestitionen bleiben im gesamten Prognosezeitraum verhalten. Erst gegen Ende der Periode dürfte sich die Dynamik hier etwas verstärken. Nach einem scharfen Rückgang während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise dürfte das Wachstum der Bauinvestitionen im Prognosezeitraum durchschnittlich 1,1% p. a. betragen. Die Kosten der Fremdfinanzierung bleiben bedingt durch die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank niedrig. Eine allgemeine Verschärfung der Kreditbedingungen für Unternehmen ist nicht zu erwarten. Zudem sind im Bereich der Besteuerung keine Änderungen absehbar, die die Finanzierungskosten für Investitionen nachhaltig ändern würden. Somit bleiben die Kapitalnutzungs-kosten niedrig (Kaniowski, 2002).

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entwickeln sich im Prognosezeitraum gedämpft. Sie dürften im Durchschnitt jährlich um 1% expandieren und auch gegen Ende des Prognosezeitraumes kaum an Schwung gewinnen. Das verfügbare reale Einkommen der privaten Haushalte nimmt im Zeitraum 2012/2016 um jährlich 1,3% zu (nominell +3,6%). Zusätzlich steigt die Sparquote kontinuierlich bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 9%. Sie sank in den letzten Jahren von 11,5% des verfügbaren Einkommens (2008) auf 7,5% (2011) und wird sich wieder dem langfristigen Durchschnitt von knapp 11% (1976/2011) nähern. Das Sparen der privaten Haushalte besteht aus dem nicht konsumierten Teil des verfügbaren Einkommens und den im laufenden Jahr erworbenen betrieblichen Pensionsansprüchen. Der Anteil der Pensionsansprüche am Sparen bleibt im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 mit 6,6% annähernd gleich. Wegen des Anstiegs der Sparquote hält der langjährige Abwärtstrend des Anteils des privaten Konsums am BIP an, die Konsumquote sinkt zwischen 2011 und 2016 um 0,4 Prozentpunkte auf 53,4% des BIP.

Abbildung 3: Outputlücke

Real, in % des Trend-Outputs



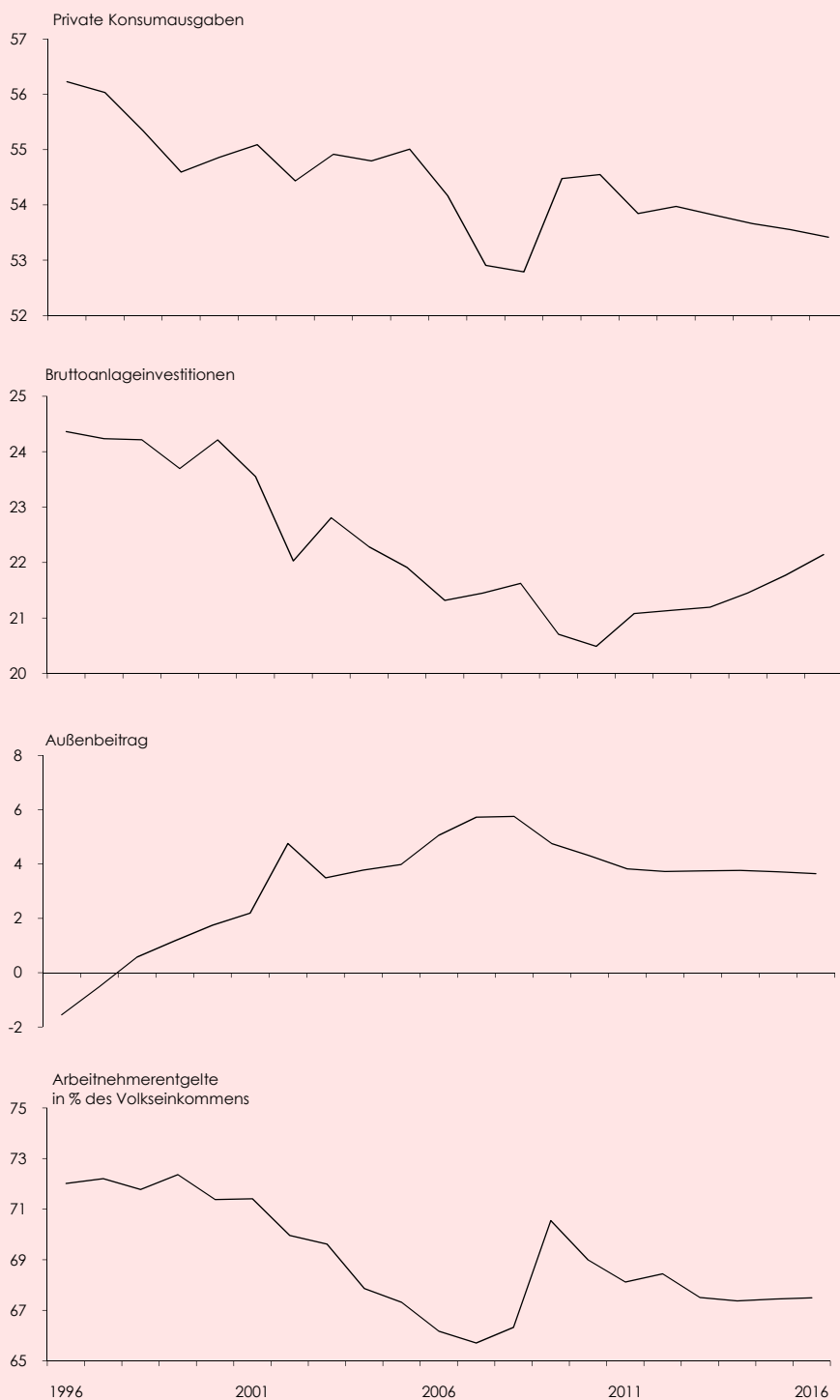
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

In den zehn Jahren vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wuchs der Trend-Output jährlich um durchschnittlich 2,1%, seither hat sich die Expansion aufgrund der schwachen Entwicklung der Investitionen merklich verlangsamt. Im Prognosezeitraum wird sich diese Entwicklung fortsetzen: Wegen der mäßigen Ausweitung der

Bruttoanlageinvestitionen ergibt sich zwischen 2011 und 2016 ein durchschnittliches Wachstum des Trend-Outputs von 1,6% jährlich. Die Outputlücke als Maß der gesamtwirtschaftlichen Auslastung wurde infolge des Konjunkturaufschwungs bereits 2011 geschlossen (Abbildung 3). Die Wachstumsdelle und die mäßige Wirtschaftsentwicklung in den Folgejahren lassen in den Jahren 2012 und 2013 wieder eine Unterauslastung entstehen. Erst mit der Wachstumsbeschleunigung ab 2014 beginnt sich die Lücke wieder zu schließen.

Abbildung 4: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Berechnung des Trend-Outputs

Der Trend-Output wird in der vorliegenden Prognose mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters errechnet (Hodrick – Prescott, 1997). Das ist ein mathematisches Glättungsverfahren, welches den langfristigen Trend einer Zeitreihe von deren zyklischer Komponente trennt. Die zyklische Komponente des realen BIP bildet den Konjunkturzyklus ab. Die Europäische Kommission benutzt dieses Verfahren zur Berechnung des Trend-Outputs und des strukturellen Defizits (European Commission, 2006). Der Hodrick-Prescott-Filter ist ein rein technisches Verfahren, das ohne Wirtschaftstheorie und Ökonometrie auskommt. Ein Nachteil der so ermittelten Trendkomponente ist, dass die Werte am Anfang und Ende der Zeitreihe verzerrt sind.

Strukturelle Methoden zur Berechnung des Trend-Outputs sind eine Alternative zum Hodrick-Prescott-Filter (Giorno – Richardson – van den Noord, 1995, Kaniowski et al., 2008). Im Gegensatz zu Letzterem verwenden sie zusätzliche Informationen über die Produktionstechnologie und die eingesetzten Produktionsfaktoren. Die wichtigsten Produktionsfaktoren sind Arbeit und Kapital. Zusätzlich können Energieträger und andere Vorprodukte berücksichtigt werden. Einer der bedeutendsten Bestimmungsgründe für das langfristige Wachstum ist der technische Fortschritt, der in einem strukturellen Ansatz ebenfalls modelliert werden muss (Aghion – Howitt, 2009).

Das reale BIP wuchs in Österreich in den Jahren 2004 bis 2008 merklich stärker als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,6 Prozentpunkte). Auch der Abschwung im Rezessionsjahr fiel in Österreich schwächer aus. Im Prognosezeitraum wird weiterhin ein Wachstumsvorsprung bestehen, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß (+0,2 Prozentpunkte). Dazu tragen insbesondere folgende Faktoren bei:

- Österreich gehört zu den EU-Ländern mit überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen, hohem Spezialisierungsgrad in wissensintensiven Wirtschaftsbereichen, überdurchschnittlich hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Relation zur Wirtschaftsleistung und hochwertigen Exportprodukten. Diese Eigenschaften fördern auch mittelfristig ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum (Janger et al., 2011).
- Die Volkswirtschaften der neuen EU-Länder in Ostmitteleuropa wachsen im Prognosezeitraum um 1,9 Prozentpunkte rascher als der Durchschnitt des Euro-Raumes (Schulmeister, 2012). Österreichs Wirtschaft hat durch die Marktnähe und die enge wirtschaftliche Verflechtung mit diesem Wirtschaftsraum eine gute Ausgangsposition, um von dieser vorteilhaften Entwicklung stärker zu profitieren.
- Dank der günstigen Entwicklung der Lohnstückkosten verbesserte sich die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie gegenüber den Handelspartnern in der EU in den vergangenen zehn Jahren deutlich (Ederer – Hölzl, 2011). Dieser Vorteil wird auch in Zukunft bestehen und einen positiven Beitrag zur Exportdynamik in Österreich leisten.
- Aufgrund der hohen Staatsverschuldung und der Vertrauenskrise gegenüber den öffentlichen Finanzen wurden in zahlreichen Ländern des Euro-Raumes Sparpakete verabschiedet. Diese werden das Wachstum in diesen Ländern dämpfen. In Österreich ergibt sich ein im internationalen Vergleich geringerer Konsolidierungsbedarf, sodass die damit verbundenen negativen Nachfrageimpulse kleiner ausfallen werden.

Trotz des verhaltenen Wirtschaftswachstums wird die Beschäftigung im privaten Sektor merklich ausgeweitet, während sie im öffentlichen Bereich stagnieren dürfte. Die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten dürfte sich zwischen 2011 und 2016 jährlich um 0,9% erhöhen, somit wesentlich stärker als in der Vorkrisenperiode 2001/2006 (Übersicht 4). Dieser Anstieg entsteht zu einem erheblichen Teil durch die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung. In den vergangenen zehn Jahren verringerte sich die durchschnittliche Zahl der geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf um 0,6% pro Jahr. Dieser Trend beschleunigte sich in den letzten Jahren sogar, und zwar nur zum Teil aufgrund der Förderung der Kurzarbeit während der jüngsten Rezession. Der allge-

Weiterhin Wachstumsvorsprung zum Euro-Raum

Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

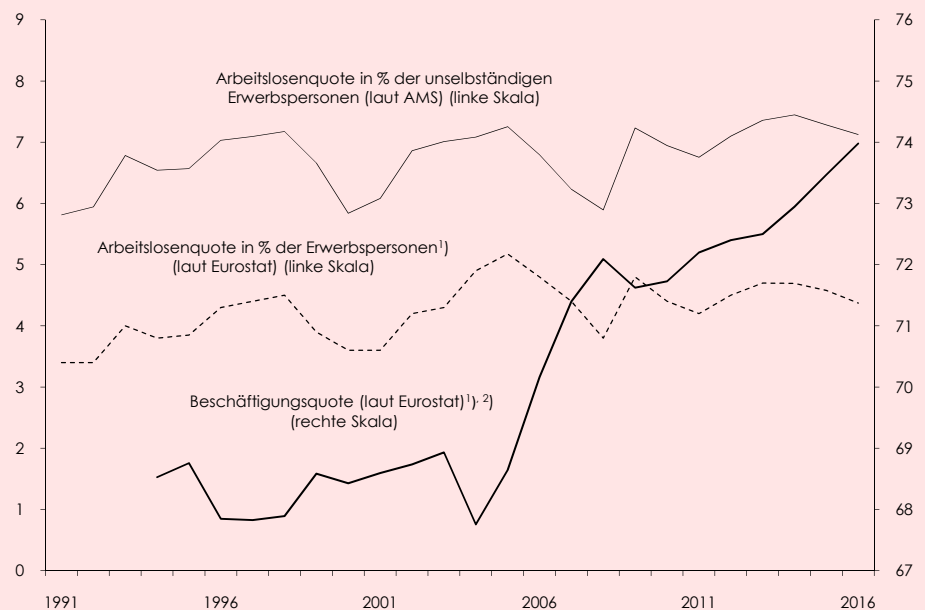
meine Trend zur Teilzeitarbeit wird sich fortsetzen, nicht zuletzt weil sich die Beschäftigungsexpansion auf den Dienstleistungsbereich konzentriert, in dem die Teilzeitbeschäftigung den Flexibilitätsansprüchen der Unternehmen entgegenkommt. Auf Seiten des Arbeitskräfteangebotes wird dieser Trend durch die Zunahme der Beschäftigten mit höherer Teilzeitneigung unterstützt (Jugendliche in Ausbildung, Frauen im Haupterbsalter und ältere Beschäftigte vor dem Pensionsantritt). Das Fehlen einer ganztägigen Betreuung von Kindern und die hohen Grenzsteuersätze im unteren Einkommensbereich verstärken diese Tendenz. Eine genaue Untersuchung dieses seit 2005 verstärkelt auftretenden Phänomens erscheint notwendig.

Übersicht 4: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 2002/ 2006	Ø 2007/ 2011	Ø 2012/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
In %									
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	4,7	4,3	4,6	4,2	4,5	4,7	4,7	4,6	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	7,0	6,6	7,3	6,8	7,1	7,4	7,4	7,3	7,1
	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Jährliche Veränderung in %									
Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1
Arbeitslose	+ 3,2	+ 0,7	+ 2,0	- 1,2	+ 6,1	+ 4,4	+ 2,2	- 1,3	- 1,2
Produktivität ⁴⁾	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,2	- 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
Lohn- und Gehaltssumme ⁵⁾	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,6	+ 4,8	+ 3,7	+ 2,4	+ 3,7	+ 4,2	+ 4,1
Pro Kopf, real ⁶⁾	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,5	- 0,6	+ 0,8	- 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,4	+ 3,3	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler. – ⁴⁾ BIP real je Erwerbstätigen (unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁵⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁶⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Abbildung 5: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: AMS, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Labour Force Survey. – ²⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Die Ausweitung der Beschäftigung wird von einer Zunahme des Arbeitskräfteangebotes in ähnlichem Ausmaß begleitet sein. 40% des zusätzlichen Angebotes entfallen

auf die Steigerung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte. Insbesondere im Jahr 2014 bewirkt der Wegfall der Übergangsregelungen für den Arbeitsmarktzugang für Personen aus Bulgarien und Rumänien einen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte. 20% der Zunahme des Arbeitskräfteangebotes macht der Anstieg der Erwerbsbeteiligung unter älteren Arbeitskräften aus, 40% sind auf Konjunkturfälle und andere Faktoren zurückzuführen.

Die Arbeitslosenquote verringerte sich nach der österreichischen Berechnungsmethode bis 2011 auf 6,8% der unselbständigen Erwerbspersonen. Damit lag sie knapp über dem Durchschnitt 2007/2011. 0,2 Prozentpunkte der Arbeitslosenquote waren 2011 auf die Integration von Personen mit bedarfsorientierter Mindestsicherung ins Arbeitslosenregister zurückzuführen (zuvor "erwerbsinaktive Sozialhilfebezieher"; Jahresdurchschnitt 2011: 6.500 vollunterstützte Personen, 2010: 1.400 Personen). Für die Dynamik in den weiteren Jahren ist diese Niveauverschiebung vernachlässigbar.

Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes verhindert trotz steigender Arbeitskräftenachfrage eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote dürfte bis 2013 auf 7,4% steigen und danach auf 7,1% zurückgehen. Die Zahl der Arbeitslosen ist damit am Ende des Prognosezeitraumes um 25.700 höher als 2011. Die Arbeitslosenquote in Prozent der Erwerbstätigen laut Eurostat wird von 4,2% (2011) auf 4,7% (2013) steigen und bis 2016 auf 4,4% sinken.

In den vergangenen zehn Jahren erhöhten sich die Pro-Kopf-Reallöhne um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte schwächer als die Produktivität. Dieser Trend hält abgeschwächt an (Übersicht 4). Von 1976 bis 2008 sank der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am nominellen BIP um 5,9 Prozentpunkte auf 49%. Während der Finanzmarktkrise wurde ein Teil dieses Rückganges wettgemacht. Im Durchschnitt der Jahre 2012/2016 wird diese Quote mit knapp 50% annähernd konstant bleiben.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird im gesamten Prognosezeitraum verhalten sein (Durchschnitt 2012/2016: 2,1%; Übersicht 5). Die Prognose unterstellt, dass der Rohölpreis ausgehend von 110 \$ je Barrel (2011) auf 95 \$ (2012) verfällt und in der Folge bis 2016 auf knapp 110 \$ anzieht. Der überwiegende Teil des Inflationsdrucks kommt dabei aus dem Ausland. Verstärkt wird die importierte Inflation durch die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar. Im Durchschnitt 2012/2016 wird ein Dollar-Euro-Wechselkurs von 1,26 \$ erreicht (Übersicht 2). Euro-Abwertung und Rohstoffverteuerung lassen die Importpreise um durchschnittlich 2,5% p. a. steigen.

Mäßiger Preisauftrieb

Übersicht 5: Deflatoren

	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Jährliche Veränderung in %								
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3
Exporte	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,8	+ 3,2	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,1
Importe	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 4,6	- 0,0	+ 1,6	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die importierte Inflation bewirkt ein Auseinanderdriften von Verbraucherpreisindex und BIP-Deflator, weil der VPI Importgüter berücksichtigt, während der BIP-Deflator die Preisentwicklung der heimischen Wertschöpfung misst. Der BIP-Deflator erhöht sich im Prognosezeitraum mit +1,7% deutlich schwächer als die Deflatoren anderer Nachfragekomponenten.

Neben den Energie- und Rohstoffpreisen sind die Lohnstückkosten der wichtigste Faktor für die Preisentwicklung. Wie oben erwähnt, trägt die Lohnentwicklung kaum zur Inflation bei. Die Nachfrageschwäche spiegelt sich in der Unterauslastung der österreichischen Wirtschaft und hält die Inflationsrate niedrig.

Maßvolle Konsolidierung verringert Budgetdefizit

Seit 2009 unterliegt Österreich, wie die überwiegende Mehrzahl der EU-Länder, dem Verfahren zur Verringerung eines übermäßigen Defizits. Für Österreich wird empfohlen, bis zum Jahr 2013 die Defizitquote auf unter 3% des BIP zu senken. Die im "Six-pack" darüber hinaus fixierte Verschärfung der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird die Konsolidierungserfordernisse und den mittelfristigen Budgetkonsolidierungspfad über den gesamten Prognosezeitraum beeinflussen.

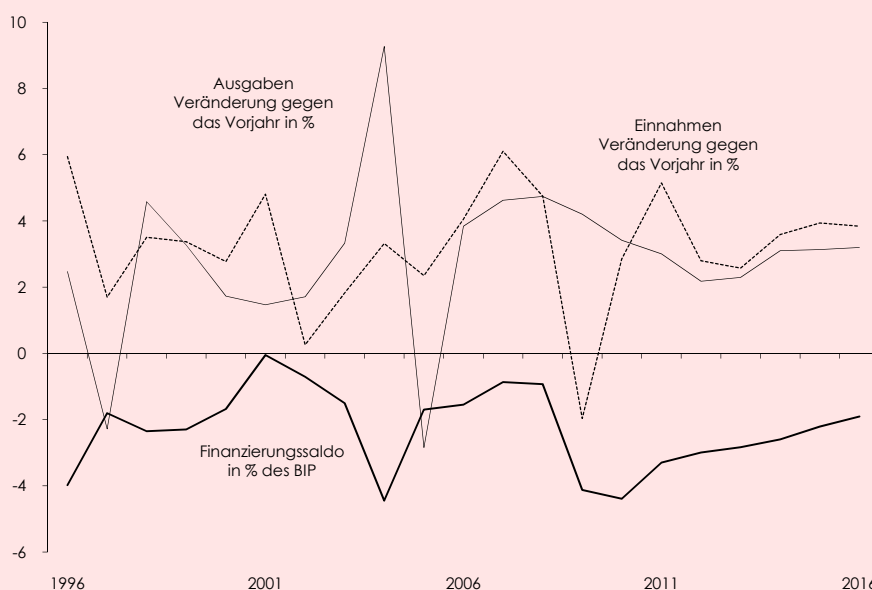
Das gesamtstaatliche Defizit wird 2013 erstmals seit 2008 wieder unter 3% des BIP liegen und in den Folgejahren bis auf 1,9% (2016) sinken. Die laufenden Einnahmen erhöhen sich im Zeitraum 2011/2016 um 3,3% p. a.; dies entspricht dem Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011. Der verhaltene Konjunkturaufschwung und der Anstieg der Beschäftigung im Prognosezeitraum begünstigen die erwartete Einnahmementwicklung. Hingegen wird sich das Wachstum der laufenden Ausgaben von +4,0% p. a. (2006/2011) auf +2,8% p. a. (2011/2016) verlangsamen. Die Staatsausgabenquote sinkt dadurch bis 2016 wieder unter 50% des BIP. Diesem Entwicklungspfad liegt die Annahme zugrunde, dass maßvolle und nachhaltig wirksame Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen in unterschiedlichen Bereichen (Pensionen, Verwaltung, Förderungen) initiiert und fortgeführt werden, sodass die Ausgabendynamik mittelfristig gebremst wird, ohne die Konjunktur allzu stark zu dämpfen.

Übersicht 6: Staat

	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 5,1	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,8
Laufende Ausgaben	+ 3,0	+ 4,0	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,4	+ 5,5	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,8
	Ø 2002/ 2006	Ø 2007/ 2011	Ø 2012/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,0	- 2,7	- 2,5	- 3,3	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,2	- 1,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Staatsschuldenquote wird ab 2014 wieder zurückgehen, liegt jedoch bis zum Ende des Prognosezeitraumes 2016 über 70% und damit immer noch deutlich über dem Referenzwert von 60% des BIP. Das in der nationalen "Schuldenbremse" formulierte Ziel, ab 2017 einen konjunkturbereinigten Budgetsaldo von höchstens $-0,45\%$ des BIP zu erreichen, erfordert in der Zukunft weitere beträchtliche Reformanstrengungen. Um den längerfristigen Konsolidierungszielen für die öffentlichen Haushalte Rechnung zu tragen und gleichzeitig Wachstumshemmnisse zu beseitigen, sind zusätzliche Strukturreformen (Neuordnung und Entflechtung von Verantwortlichkeiten im Rahmen einer Verwaltungs- und Staatsreform, Finanzausgleichsreform, Pensionsreform, Gesundheitsreform) notwendig, die auch mittelfristig beträchtliche Einsparungen bewirken können.

Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass sich die Krise der Europäischen Währungsunion nicht weiter verschärft und die Weltwirtschaft wieder Tritt fasst. Sie unterstellt keine weiteren umfangreichen Sparpakete in den Ländern des Euro-Raumes, sodass das Wachstum im Euro-Raum kurzfristig nicht zusätzlich gedämpft wird (Schulmeister, 2012).

Weiters wird angenommen, dass die Bemühungen der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) zur Stabilisierung des Kreditwesens erfolgreich sein werden. Die EBA ermittelte für die systemrelevanten Kreditinstitute in Europa einen zusätzlichen Bedarf an hartem Kernkapital von insgesamt 114,7 Mrd. €; das entspricht einer harten Kernkapitalquote von 9% und liegt damit über den Basel-III-Zielen. Die bisher in Basel III vorgesehenen Übergangsfristen zum Aufbau des harten Eigenkapitals sollten am 1. Jänner 2013 beginnen und bis 1. Jänner 2015 laufen; nunmehr muss das höhere Eigenkapitalerfordernis bereits Mitte 2012 erfüllt werden. Die österreichischen systemrelevanten Institute hatten in den Simulationen der EBA zwar nur potentielle Abschreibungsverluste durch die Bewertung von Staatsanleihen zu Marktwerten von 112 Mio. €, sie müssen dennoch zur Erfüllung der höheren Eigenkapitalerfordernisse in Summe 3,9 Mrd. € aufbringen. Die EBA begründet den außergewöhnlichen und temporären Kapitalbedarf als vertrauensstärkende Maßnahme für das europäische Finanzsystem und nicht als Reserve gegen Kursverluste europäischer Staatsanleihen. Sie stellt eine Revision der zusätzlichen Kapitalerfordernisse in Aussicht, sofern sich die Lage auf den Anleihemärkten wieder normalisiert (Pressemitteilung vom 8. Dezember 2011). Die vorliegende mittelfristige Prognose unterstellt, dass die Kreditvergabe der heimischen Institute das erwartete Investitionsvolumen der Unternehmen, die Aktivitäten im Wohnbau bzw. die Konsumpläne der privaten Haushalte nicht einschränken wird. Sollte sich eine oder mehrere dieser Voraussetzungen als nicht zutreffend erweisen, würde das den Ausblick verschlechtern.

Weiters ergeben sich aus der Verwendung eines ökonometrischen Prognosemodells Einschränkungen durch methodische Probleme. Das WIFO-Macromod bildet die empirischen Zusammenhänge ab, wie sie im Durchschnitt der letzten 30 Jahre für die Wirtschaftsentwicklung in Österreich bestimmend waren. Diese Zusammenhänge sind in Krisenzeiten schwierig zu quantifizieren. Daher können Modellberechnungen in einer Phase krisenhafter Entwicklung die tatsächlichen Effekte nur annähernd wiedergeben.

Aghion, P., Howitt, P., *The Economics of Growth*, MIT Press, Cambridge, MA, 2009.

Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.

Ederer, St., Hölzl, W., "Lohnstückkostenposition 2010 konjunkturbedingt verbessert", WIFO-Monatsberichte, 2011, 84(9), S. 605-616, <http://www.wifo.ac.at/wifo/pubid/42533>.

European Commission, "Public Finances in the EMU 2006", *European Economy*, 2006, (3).

Giorno, C., Richardson, D., van den Noord, P., "Estimating potential output, output gaps and structural budget balance", OECD Economic Department, Working Papers, 1995, (157).

Hodrick, R., Prescott, E. C., "Postwar U.S. Business Cycles: An Empirical Investigation," *Journal of Money, Credit, and Banking*, 1997, 29(1), S. 1-16.

Risiken der Prognose

Literaturhinweise

- Janger, J., Hölzl, W., Kaniovski, S., Kutsam, J., Peneder, M., Reinstaller, A., Sieber, S., Stadler, I., Unterlass, F., Structural Change and the Competitiveness of EU Member States, WIFO, Wien, 2011, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/42956>.
- Kaniovski, S., "Kapitalnutzungskosten in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(5), S. 339-346, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/21984>.
- Kaniovski, S., Pitlik, H., Steindl, S., Url, Th., "A Decomposition of Austria's General Government Budget into Structural and Cyclical Components", WIFO Working Papers, 2008, (316), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/31859>.
- Scheiblecker, M., "Staatschuldenkrise erfasst die Realwirtschaft. Prognose für 2012 und 2013", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(1), S. 3-15, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/43372>.
- Schulmeister, St., "Krise der Europäischen Währungsunion dämpft weltweite Wachstumsdynamik. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2016", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(1), S. 37-49, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/43375>.

Slow Economic Upturn Following Growth Setback in 2012. Medium-term Forecast of the Austrian Economy until 2016 – Summary

During the forecast period 2012-2016 growth will be weaker than in the recent past. On average real GDP is expected to increase by 1.6 percent per year. Thus, the Austrian economy will expand at a slower pace than on average during the years preceding the financial and economic crisis. The cyclical slowdown already became apparent during the second half of 2011 and will continue in 2012. The expansion is not expected to regain momentum and will close the output gap in 2014. Between 2011 and 2016 trend output of the Austrian economy will grow by 1.6 percent, which is ½ percentage point below the average growth rate of the five years preceding the financial crisis.

Exports will expand by an annual average of 5.5 percent during 2012-2016. Imports to Austria are expected to increase by 5.1 percent per year. The Austrian economy will continue to benefit from the favourable conditions in international trade. Net exports will remain positive though lower compared to the level of the five most recent years. Investment into machinery and equipment typically shows the strongest reaction to the economic outlook. Its growth is not expected to begin picking up noticeably until in 2014, averaging 3.3 percent during 2012-2016. The increase in construction investment will remain limited. Consumption expenditure of private households will expand only slightly during the forecast period. At the same time the savings ratio will increase markedly, converging slowly to its long-term average.

The consumer price index will rise by an annual average of 2.1 percent during 2012-2016. This means that inflationary pressure will remain weak during the forecast period. The trend in unit labour cost – a key domestic inflation factor – will be weak. By contrast, import prices will increase noticeably due to energy price hikes, thus raising the domestic inflation rate. This effect is enhanced by the depreciation of the euro.

Despite the weak upswing additional jobs will be created and labour supply will grow markedly. Owing to a decline of early retirement, labour market participation will also increase. In addition, the number of foreign workers will go up, partly due to legalisation and partly due to a stronger inflow of workers. Therefore, the average unemployment rate during 2012-2016 will be significantly higher at 7.3 percent than in the recent past.

In 2013, the deficit of the general government will be below 3 percent of GDP for the first time since 2008. In the following years it will shrink to 1.9 percent (2016). During the period from 2011 until 2016 revenues at current prices will increase by 3.3 percent per year. This is equivalent to the average from the period 2006 through 2011. By contrast, growth of current expenditures will slow from 4.0 percent (average 2006-2011) to 2.8 percent per year (2011-2016). As a consequence, the government expenditure ratio will fall below 50 percent of GDP by 2016.